

<b>Antrag - Nr. StVV - AT 28/2013 (§ 34 GOSTVV)</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.12.2013		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>Ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

**(e)Mobilität (B 21-Piraten)**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Magistrat wird beauftragt,

ein abgestimmtes und vernetztes Konzept für das Zukunftsthema (e)Mobilität für Bremerhaven auszuarbeiten.

Dabei sind insbesondere zu prüfen:

1. Fragen der notwendigen technischen Infrastruktur, Verkehrsweeinfrastuktur und der lokalen Verkehrsplanung für die Einführung der eMobilität mit dem Schwerpunkt lokaler und dezentraler Lösungsansätze.

Dabei soll den kommunalen Betrieben Optionen für neue Geschäftsfelder eröffnet werden. Beispielsweise ist zu nennen:

- Betrieb von Ladestellen (E-Tankstellen auf Stadtwerkeinfrastruktur),
- Einsatz von Elektrobussen und Smartbussen,
- Aufbau von Verteilernetzen,
- Mobilitätszentrum am Bahnhof in Kooperation mit dem RMV (z.B. Vermietung Segways, Fahrräder und Pedelecs (elektronunterstützte Fahrräder),
- Abrechnungsmöglichkeiten und Lieferpakete (Mobilitätsflatrate etc.).

2. Fragen der Teilnahme und Abrufung öffentlicher Fördermittel zum Thema (e)Mobilität bzw. Teilnahme an Modellprojekten zu klären.

3. Ob ein Teil der innerstädtischen Dienstfahrten mit Elektroautos, sogenannten Pedelecs (elektronunterstützte Fahrräder) oder Segways erledigt werden können und in wieweit städtische Fuhrparks der einzelnen Ämter auf (e)Mobilität umgestellt werden können.

4. Ob im Bereich der städtischen Wirtschaftsförderung (Stadtmarketing) das Thema (e)Mobilität als ein zentrales Alleinstellungsmerkmal der Stadt Bremerhaven in der Region als Oberzentrum für Marketingzwecke und zum Zwecke der Ansiedlungspolitik neuer Technologien besonders herausgestellt werden kann.

5. Ob auf der Grundlage (Pos. 1 + 2) das Stadtmarketing den Standort Bremerhaven angemessen positionieren und unübersehbar machen kann, um Bremerhaven auch in die „Modellregion eMobilität“ Bremen/Oldenburg stärker einzubinden.

**Begründung:**

Derzeit formiert sich die Diskussion um die Mobilität der Zukunft neu: Energiefragen, die Entwicklung der Ballungsräume, die Re-Urbanisierung der Städte, die Krise der Automobilindustrie, geänderte und neue Nutzererwartungen, die Möglichkeit zum Aufbau neuer Wertschöpfungsketten und neuer Akteure am Markt zwingen dazu, bestehende Verkehrskonzepte zu revidieren und vernetzte und intermodulare Mobilitätskonzepte neu zu konzipieren.

Insbesondere beim neuen Projekt „Lokale Ökonomie“ in der Stadt ist das Thema (e)Mobilität ein zentraler Aspekt der Förderung und wichtiges Ziel städtischer Ansiedlungsaktivität.

Mit vereinten Kräften wollen die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft Deutschland zum internationalen Leitmarkt für Elektromobilität machen, so das Resümee des „Gipfel Elektromobilität“ im Mai 2010.

Dass die Mobilität der Zukunft überwiegend elektrisch sein wird, davon war auch das Symposium „Die Zukunft des Autos? - Mobilität jenseits aktueller Nachhaltigkeitsdebatten“ in den Opelvillen am 6.6.2010 überzeugt.

Der Stadt Bremerhaven erwächst aus der Aussage: „Klimastadt“ eine Selbstverpflichtung, hier mit gutem Beispiel voran zu gehen. Durch die Umsetzung der im Antrag geforderten Punkte wird nicht nur Bremerhavens Profil als ein Zentrum der deutschen Klima- und Energieforschung sowie des Ressourcenschutzes noch stärker herausgestellt, sondern durch die Teilnahme an Modellprojekten und öffentlicher Fördermittel sowie der damit verbundenen Kostenersparnis im Alltagsbetrieb auf lange Sicht den Bremerhavener Haushalt entlasten.

Auch die städtischen Betriebshöfe könnten als Akteure bei der Entwicklung von eMobilitätskonzepten mitwirken. Sie könnten Nutzfahrzeuge (Müllautos etc.) in Zusammenarbeit mit Herstellern im Alltagsbetrieb testen, bzw. an der Profilentwicklung mitwirken.

Wenn die Stadt Bremerhaven im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Handelnder auf dem Feld neuer Mobilitätskonzepte (auch im Sinne des Agendaprozesses) auftritt, kann sie durch gute Beispiele aktiv und auf Augenhöhe mit anderen Akteuren an öffentlich-rechtlichen, privaten oder Public Privat Partnership Modellen mitwirken.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez. Alexander N i e d e r m e i e r  
und Gruppe Bündnis 21–Piraten - sozial, transparent, partizipativ